

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag Abends. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Berlin N 24, Elsassstr. 86—88
Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24.
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheuditz, Augustastraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzelle oder deren Raum 30 Pig., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 15 Pig. pro Zelle. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Brentano gegen die Scharfmacher. Rundschau. Genossenschaftliche Monatschau. Gewerblich-rückblick auf das Jahr 1912, I (neue Folge). Deutschlands Entwicklung zum Industriestaat. Adressen-Änderungen. — **Allgemeines:** Technische Umwälzungen im Jahre 1913, II. Die oberste Instanz. II. Wunderlich & Co., Altwasser I. Schles. — **Die photomech. Fächer:** Aus der Statistik der Zentralkommission der Chemigrappen und Kupferdrucker. Aus den Sektionen: Berlin. — **Die Tapetenbranche:** Unser Arbeitsnachweis, I und II. Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Das Große. Die Neumühle bei Zeltz. (Mit Bild.) Vom Bücherfisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Steindrucker, Achtung!
In der Porzellanfabrik von H. Ohme, Niedersalzbrunn i. Schl. drohen ernste Differenzen auszubringen. Zuzug ist streng fernzuhalten.
Der Hauptvorstand.

An alle Ortsvorstände

sandten wir am 28. Januar unser Rundschreiben Nr. 7. Wir machten darin wichtige Mitteilungen über den Bankverkehr und sandten auch dazu entsprechende Zahlkarten mit. Sollten diese Sendungen irgendwo nicht angekommen sein, wolle man uns sofort Mitteilung machen.
Der Hauptvorstand.
I. A.: Otto Sillier.

Zentralkommission der Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner.

Wir sandten an alle Mitgliedschaften unser Rundschreiben vom 26. Januar, sowie eine Anzahl Exemplare der neu erschienenen Zeichnerbroschüre. In dem Rundschreiben sind über diese Broschüre nähere Angaben gemacht; wir bitten, diese genau zu beachten. Sollte das Zirkular und die Broschüren in einer Zahlstelle nicht angekommen sein, ersuchen wir zwecks Nachlieferung um Mitteilung.
Die Zentralkommission.
I. A.: Hermann Müller.

Zentralkommission der Chemigrappen und Kupferdrucker Deutschlands.

An alle Mitgliedschaften, in denen sich Chemigrappen befinden, sandten wir unser Rundschreiben Nr. 3. Wo dieses nicht angekommen ist, bitten wir um Mitteilung.
Die Zentralkommission.
I. A.: Arthur Gerhardt.

Die Statistikarte

über den Stand der in Deutschland beschäftigten, organisierten und arbeitslosen Gehilfen, sowie über die Zahl der beschäftigten und organisierten Lehrlinge ist uns bis jetzt von einer Reihe Mitgliedschaften noch nicht zugesandt worden. Wir bitten diese Mitgliedschaften um sofortige Auskunft.
Der Hauptvorstand.

Brentano gegen die Scharfmacher.

In dieser Zeit der maßlosen Hetze der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter verdienen alle Auslassungen erhöhte Beachtung, die von einsichtigen bürgerlichen Persönlichkeiten gegen diese Hetze veröffentlicht werden. Daß sich die Arbeiterschaft mit ganzer Kraft gegen jeden Angriff auf ihr Recht des Zusammenschlusses zur Wehr setzt ist ein Gebot der Notwendigkeit und ihre Abwehrmaßnahmen sind daher selbstverständlich. Nicht so selbstverständlich ist aber die Unterstützung dieser Abwehrmaßnahmen aus den Kreisen des Bürgertums, da jeder Bürgerliche, der gegen das Scharfmachertum in seiner

Klasse für die Entrechteten und Ausgebeuteten eine Lanze einzulegen wagt, des grimmigsten Hasses seiner scharfmacherischen Klassengenossen gewiß sein kann. Es gehört also für einen Bürgerlichen schon ein gewisses Maß von Bekennermut dazu, der Arbeiterschaft und ihren Forderungen gegenüber einseitig, sachlich und gerecht zu sein. Um so höher ist es zu bewerten, wenn bekannte bürgerliche Persönlichkeiten aus den Ergebnissen ihrer einseitigen, sachlichen und gerechten Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse kein Hehl machen, sondern ihre der Hetze ihrer scharfmacherischen Klassengenossen entgegenstehenden Ansichten auch mannhaft vor der Öffentlichkeit vertreten.

Unter diesen einseitigen bürgerlichen Persönlichkeiten nimmt der bekannte Nationalökonom und Sozialpolitiker Professor Lujo Brentano eine besonders hervorragende Stellung ein. Er ist dem Scharfmachertum umso mehr verhaßt, als seine Auslassungen einer ernsten wissenschaftlichen Denkarbeit entspringen und infolgedessen durch das Soldschreibertum der Scharfmacher nicht anzufechten sind. Das gilt auch von einer lesernwerten Abhandlung über »Die Konservation. Konstruktiver und destruktiver Konservatismus«, die Brentano in den Nummern 628 und 637 des vorigen Jahrgangs des »Berliner Tageblatts« veröffentlichte. Er geht darin mit den Konservativen, die sich durch ihre Anträge auf Verbot des Streikpostens zu den ersten parlamentarischen Wortführern der Scharfmacherhetze gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter aufgeworfen haben, scharf ins Gericht.

Einleitend stellt er dem aus diesen Anträgen sprechenden destruktiven (zerstörenden) Konservatismus den konstruktiven (aufbauenden) Konservatismus gegenüber, von dem sich der Kreuzzeitungsredakteur Wagner leiten ließ, als er im Februar 1865 im preussischen Abgeordnetenhaus als der Führer der damals kleinen konservativen Fraktion das Koalitionsrecht der Arbeiter forderte, »um dem Arbeiterstande auf demselben Wege zu politischer und sozialer Selbständigkeit zu verhelfen, daß ich die jetzige Bürgerstand beides gefunden hat... Auf diesem Wege (d. h. auf dem Wege der freiwilligen Koalition und Assoziation) und auf keinem anderen kann der Arbeiterstand diejenige wirtschaftliche Selbständigkeit suchen und finden, die er jetzt durch seine Koalition anstrebt. Ich trage deshalb auch keine Bedenken, auszusprechen, daß ich die Einräumung des Vereins- und Koalitionsrechts für ebenso geboten wie für unbedenklich halte.«

In Bezug auf diese Sätze hebt Brentano hervor, wie wichtig es sei, »daß der damalige Führer der Konservativen die wirtschaftliche Selbständigkeit des Arbeiters als ein im Interesse des Staates anzustrebendes Ziel anerkannte und die Gewährung des vollen Vereins- und Koalitionsrechts daher als geboten erklärte, weil dies der einzige Weg sei, der zu diesem Ziele führe.« Dank dieser auch vom Ministerium Bismarck geteilten Auffassung seien

dann auch die Koalitionsverbote gefallen. Bald aber seien diese konstruktiven Tendenzen durch destruktive abgelöst worden, nicht zuletzt infolge des Einflusses des Hüttenbesitzers Stumm, den Brentano einen erbitterten Feind der von Wagner geforderten wirtschaftlichen Selbständigkeit der Arbeiter und der Arbeiterkoalitionen nennt. Nach den Attentaten auf Wilhelm I. erhielt Stumm's Einfluß die Oberhand. Das Sozialistengesetz war die Folge. Aber dieses Schandgesetz löste, wie Brentano zutreffend hervorhebt, ein immer bedrohlicheres Anwachsen einer wirklich revolutionären Stimmung unter den deutschen Arbeitern aus. »Die Einsicht in diese Wirkung des Sozialistengesetzes brachte dann seine Wiederbeseitigung.«

Die Gewerkschaftsbewegung blühte mächtig auf, daß Ausbeutertum mit neuer Angst und neuem Schrecken erfüllend. Man schrieb nach neuen Knebelungsmaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. »Den Ersatz« (für das aufgehobene Sozialistengesetz), sagt Brentano, »sollten die verschiedenen Umsturzvorlagen bieten... Da die verschiedenen Anläufe, auf diesem Wege zur Repression zurückzukehren, aber gescheitert sind, nun seit den letzten Reichstagswahlen die Agitation für verstärkten Schutz der »Arbeitswilligen«.

Brentano hebt sodann hervor, daß sich in dem Geschrei nach verstärktem Streikbrecher-schutz Bund der Landwirte, Industriellenverband und Handwerkerbund zusammengefunden haben und daß auch die Industriellen des — Hansabundes von dieser Epidemie erfaßt worden sind. Von anderer Seite werde zwar von Ausnahmegesetzen abgesehen und nur ein schärferes Eingreifen der Polizei und eine Beschleunigung des Strafverfahrens gegen Streiksünder gefordert. Man scheine sich dabei gar nicht bewußt zu sein, daß das geltende Recht schon ein Ausnahmerecht ist, sagt Brentano, und er bleibt auch den Beweis für diese Behauptung nicht schuldig. Er nennt unser geltendes Koalitionsrecht eine juristische Anomalie und sagt:

Der § 152 Absatz 1 der Gewerbeordnung hat alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber und Arbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, aufgehoben. Danach sollte man meinen, daß solche Verabredungen nunmehr wie alle anderen behandelt würden. Aber nein! Der § 152 fährt in seinem zweiten Absatze fort: »Jedem Teilnehmer steht der Rücktritt von solchen Verabredungen und Vereinigungen frei, und es findet aus letzteren weder Klage noch Einrede statt.« Darin besteht die juristische Anomalie. Sonst sind alle Verträge klagbar. Insbesondere sind auch die Verabredungen der Unternehmerkartelle, nicht unter einem gewissen Preise zu verkaufen, rechtsverbindlich. Der § 152 der Gewerbeordnung aber erklärt in einem Atem, daß die gleichen Verabredungen der Arbeiter zwar erlaubt, nicht aber rechtsverbindlich sein sollen. In seinem zweiten Absatz erklärt er, daß den Preisverabredungen

der Arbeiter der juristische Schutz fehlen soll, welchen der Staat jedweden anderen rechtlich erlaubten Verträge zuteil werden läßt, und den eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 5. Juli 1890 insbesondere den Preisverabredungen der in Kartellen verbundenen Unternehmer zuerkannt hat.

Diese Darlegungen ergänzt und erweitert Brentano noch durch ein längeres Zitat aus seinem am 28. Februar 1912 in Berlin gehaltenen Vortrage über den »Schutz der Arbeitwilligen«, worin hervorgehoben wird, daß ein Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bedroht ist, wenn er einem Streikbrecher Vorwürfe macht (Ehrverletzung), wenn er zur Förderung der Koalition Nichtorganisierte in Verruf erklärt (Verrufserklärung), und wenn er einem Streikbrecher Freundschaft und Umgang kündigt (Bedrohung). Demgegenüber stellt Brentano fest, daß unser Strafgesetzbuch weder für Ehrverletzung, sofern sie keine Beleidigung enthält und die etwa darin enthaltene beleidigende Äußerung wahr ist, noch für Verrufserklärung (nicht einmal, wenn sie zur Verhinderung oder Sprengung von Koalitionen stattfindet!), noch endlich für Drohungen mit einer Handlung oder Unterlassung, um einen anderen zu einer erlaubten Handlung zu bewegen, Strafbestimmungen oder Strafen kennt. Nur der Arbeiter kann wegen dieser im Allgemeinen straffreien Delikte auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung mit dem Gefängnis Bekannschaft machen! Brentano stellt im Hinblick darauf die Frage, warum man nicht einfach auch alle gelegentlich von Arbeitseinstellungen und Aussperrungen begangenen Vergehen und Verbrechen unter die Bestimmungen des gemeinen Strafrechts stelle, und er antwortet auf diese Frage, »daß man heute nicht die wirtschaftliche Selbständigkeit des Arbeiters, welche 1865 nicht nur das Ziel der Liberalen, sondern, wie gezeigt, auch des konstruktiven Konservatismus gewesen ist, will. Was man heute anstrebt, ist, den Arbeiter zu einem willenlosen Rädchen in dem Getriebe des modernen Unternehmens zu machen. Statt Selbstzweck zu sein, soll er, entgegen dem Satze Kants, nur mehr Mittel sein für die Zwecke anderer. Und daher sucht man auf alle mögliche Weise das Koalitionsrecht, ohne es formell abzuschaffen, seiner praktischen Bedeutung zu berauben.«

Gegen diese Bestrebungen wendet sich nun Brentano mit aller Entschiedenheit. Er hebt hervor, daß sie *kurzsichtigen Sonderinteressen* entspringen und daß sie nicht nur das Gesamtinteresse, sondern auch die eigenen Interessen des Staates und der Staatsregierung gefährden. Er erinnert an das Wort von H. G. Wells, wonach die bürgerliche Gesellschaft wenig von der Organisationskraft der Arbeiterschaft, aber alles von ihrer Verzweiflung zu fürchten habe, und weist auf die Vorgänge in Dublin hin, aus denen zu ersehen sei, »wohin der Mißbrauch der überlegenen Macht der Unternehmer führt... Es gibt eben nur ein Mittel gegenüber gerechten Beschwerden und Ansprüchen: Gerechtigkeit.«

Ob die Schürfmacher sowie ihre Sachwalter in der Regierung und ihre parlamentarischen Wortführer diese ersten Mahnungen Brentanos, der als ein getreuer Ekkehard der bürgerlichen Gesellschaft sein warnendes Wort ertönen läßt, hören und beachten werden, ist freilich kaum anzunehmen. Sie sind in ihrer maßlosen Herrsch- und Ausbeutungssucht blind und taub gegen jedes Menetekel und sie bewerfen obendrein noch jeden warnenden Mahner und mahnenden Warner mit Unflät und Schmutz. Daß dem klassenbewußten Proletariat dadurch kein dauernder Schaden zugefügt werden kann, werden die Folgen lehren.

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Dezember 1913. Der Beschäftigungsgrad hat sich nach dem »Reichsarbeitsblatt« im Dezember gegenüber dem Vormonate und dem gleichen Monate des Vorjahres noch weiter

verschlechtert. Die Nachweisungen der Krankenkassen weisen für den Dezember eine weitere Abschwächung des gewerblichen Beschäftigungsgrades aus, da die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Kassenmitglieder sich erheblich verringerte. Dieser Rückgang trat vor allem das männliche Geschlecht mit 4,17 v. H. gegen 3,60 v. H. im Vorjahre, doch auch das weibliche Geschlecht mit 2,77 gegen 2,61 v. H. Die Verminderung des Beschäftigungsgrades hatte eine weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Nach den Berichten der Fachverbände waren 4,8 v. H. arbeitslos, gegen 3,1 v. H. im Vormonat und 2,8 v. H. im Dezember 1912. Von der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise entfielen im Dezember auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 214 Arbeitssuchende gegen 219 im Vormonat und 175 im Dezember 1912, bei den weiblichen Personen waren die entsprechenden Ziffern 120, 143 und 106. Der kleine Rückgang der Arbeitssuchenden bei beiden Geschlechtern ist zum Teil auf die zahlreicheren Einstellungen zur Bewältigung der Weihnachtsarbeiten zurückzuführen. Die chromolithographischen Betriebe konnten in ihrer ungenügenden Beschäftigung im Vergleich zum Vormonat und Vorjahr keine Veränderung feststellen.

Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe stand nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« im Dezember 1913 wie folgt:

Organisation	Mittgl.-Zahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende am Ort	Arbeitslos am Monatsende auf der Reise	Arbeitslose auf 100 Mitglieder		
				Des. 1913	Des. 1912	Nov. 1913
Buchdrucker . . .	69387	3047	133	4,7	4,7	3,7
Buchbinder . . .	33489	994	57	3,2	2,9	2,1
Lithogr. u. Sindr.	16882	574	73	3,8	4,3	3,8
Druck.-Hilfsarb.	15997	466	2	3,0	2,7	2,6
Notenstecher . . .	441	—	—	—	—	—
Xylographen . . .	423	42	—	9,9	6,7	7,4
Gutenbergsbund.	3440	48	1	1,5	1,4	0,7
Christl. graph. Verband . . .	2737	24	2	1,0	0,7	0,6

Der Nahrungsmittelaufwand hat sich nach den von Calwer berechneten Indexziffern auch im Dezember 1913 gegenüber dem Vormonate etwas verbilligt, und zwar von 25,58 Mk. im November auf 25,46 Mk. im Dezember 1913, also um 0,12 Mk. im Dezember 1913. Die Jahresdurchschnittsziffer für 1913 betrug 25,69 Mk. gegen 25,80 Mk. für 1912, hat sich also um 0,11 Mk. gesenkt; dagegen war sie immer noch um 1,51 Mk. höher als die Jahresdurchschnittsziffer für 1911, die auf 24,18 Mk. stand.

Unglücksfall. In der Buch- und Steindruckerei H. G. Rathgens in Lübeck ereignete sich am 23. Januar ein bedauernter Unglücksfall. Der im dritten Lehrjahre stehende Steindruckerlehrling L. beschäftigte sich unbeauftragt mit der Reinigung einer alten Flasche. Er verwendete Scheidewasser und Spiritus. Nach Verkorung und mehrmaliger Umschüttelung der Flasche explodierte diese. Der junge L. wurde erheblich im Gesicht verletzt. Die Ärzte hoffen, das Augenlicht zu erhalten. Auch wir wünschen das und hoffen, daß dieser Fall auch anderen zur Lehre dienen möchte.

Der Holzarbeiterverband ist durch die gegenwärtige wirtschaftliche Depression außerordentlich stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl seiner arbeitslosen Mitglieder beträgt gegen 20000. Für Arbeitslosenunterstützung verausgabte er im letzten Jahre weit über 2 Millionen Mark! In jeder Woche werden jetzt ungefähr 6000 Mk. als Unterstützung an Arbeitslose verausgabte. Aber die große Zahl der Ausgesteuerten, die immer noch vergeblich auf Arbeit und Verdienst wartet, steht mittellos da. Daher ruft der Verbandsvorstand jetzt die solidarische Hilfsbereitschaft der arbeitenden Mitglieber zu einer freiwilligen Sammlung auf, deren Erträge zu Extraausstützungen an Arbeitslose verwendet werden sollen. Aus der Verbandskasse wurde eine namhafte Summe zu diesem außerordentlichen Zwecke beigesteuert. Diese Tatsachen zeigen von neuem, daß immer und immer wieder nur die Organisation dem einzelnen Arbeiter eine zuverlässige Stütze und treue Hilfe bietet.

Aus dem Auslande.

Südafrika. In dem Kampfe der Arbeiter, über den wir in Nr. 4. berichteten, feiert die Ordnungsbestie auch weiterhin wahre Orgien der Willkür und Gewalt. Der aus dem Burenkriege bekannte Premierminister General Botha ließ die Angestellten der Arbeiterorganisationen einfach festnehmen und erschiedte sie nun ohne viel Federlesens dem englischen »Mutterlande« zu. Zehn der Arbeiterführer wurden am 25. Januar mit einem Gefängniswagen vom Gefängnis abgeholt. Nach einer Fahrt von einigen Meilen wurden sie in einen Zug gebracht, in dem sich Soldaten befanden. Die Gefangenen wußten nicht, wohin man sie bringen werde. Alle Fenster des Zuges waren verhängt. Selbst die Bahnbeamten waren nicht unterrichtet. Der Zug wurde als Extrazug einer Theatergesellschaft bezeichnet. Erst am Bord des Dampfers »Unigeni« wurde den Arbeiterführern die Absicht der Regierung mitgeteilt. Nachdem der Dampfer die Barre gekreuzt hatte, warf er Anker, und den Gefangenen wurde mitgeteilt, das Schiff würde einhalb Stunden warten, damit sie an ihre Verwandten und Bekannten schreiben könnten. Die »Unigeni« geht direkt nach London. Das Schiff hat keine funkentelegraphische Einrichtung. Es führt keine anderen Passagiere. In Johannesburg ver-

lautet, daß der Generalgouverneur von Südafrika, Viscount Gladstone, in Kürze nach England abreisen wird, um über die Tätigkeit des Premierministers General Botha und über die Deportation der Arbeiterführer Bericht zu erstatten.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 2. Februar 1914.

Gemeinwirtschaft als Preisregulator. Kapitalistische Preisstreibereln und konsumgenossenschaftliche Abwehr: in Der Schweiz, in Dänemark, in Deutschland.

Wer an manche Vorgänge während der schlimmen Lebensmittelteuerung in den Jahren 1911 und 1912 denkt, wird wissen, daß das einzige Mittel zur Abwendung der schlimmsten Schädigungen, die dem Verbraucher die Lebensmittelteuerung schlug, die *gemeinsame Beschaffung von Lebensmitteln* war. Die Konsumvereine wirkten der allgemeinen Lebensmittelteuerung entgegen; einige Stadtverwaltungen bemühten sich besonders, die Regelung des Fleisch- und Fleischverbrauchs wenigstens bis zu einer gewissen Grenze herbeizuführen. Wenn der Erfolg der Bemühungen mancher Stadtverwaltungen nicht so groß war, wie die Beteiligten es wünschten, so kam es vornehmlich daher, daß dieser Art Gemeinwirtschaft so ziemlich jegliche Organisation fehlte. Dort wo diese Organisation vorhanden war, wurden große und dauernde Einwirkungen auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise erzielt. In einigen Städten Ungarns bewirkte die Errichtung von städtischen Fleischbänken ein Sinken der Fleischpreise um 25 Proz. Die Stadt Budapest besitzt mehrere Bäckereien, mit denen sie ein Fünftel des Brotbedarfs der eine Million Einwohner zählenden Stadt deckt. Die Budapestergemeinde hat auch eine eigene Schlächterei, verarbeitet aber nur Schweine und Hammel, ferner eine große Geflügelmastanstalt, sie betreibt Eler- und Feilhandel und unterhält eine Zentrale und 23 Filialen. Diese Filialen sind in den Markthallen und auf allen offenen Märkten als Preisregulatoren aufgestellt und funktionieren ausgezeichnet, denn das ist eine allgemein sichtbare, daher allgemein bekannte und wirkliche Konkurrenz. Einen Preisregulator aufzustellen, das ist das, worauf es ankommt. Die Aufgabe, die Preise zu regulieren, verleiht ständig die *konsumgenossenschaftliche Organisation*. In welchem Umfange dieser Preisregulator wirkt, hängt einzig und allein von der Stärke der Organisation ab. Beherrscht der Konsumverein ein gegebenes Wirtschaftsgebiet, sind möglichst alle organisationsfähigen Verbraucher der Genossenschaft als treue Käufer zugeführt, so wird der Preisregulator ständig wirksam arbeiten, auch dann, wenn sich diese Wirksamkeit nicht stets in Mark und Pfennigen ausdrücken läßt. Als der Konsumverein Spremberg den Fleischverkauf übernahm, setzte die Fleischernnung den Preis für das Pfund Schweinefleisch um zehn Pfennig herunter. Der Konsumverein als sichtbarer Regulator *viel zu hoher Zwischenhandelspreise!* Es ist ein Beispiel für viele, die das gleiche zeigen würden. Wer die Notwendigkeit der Preisregulierung einseht, muß sich konsumgenossenschaftlich organisieren!

Durch die konsumgenossenschaftliche Organisation ist es also in vielen Fällen bereits gelungen, den Kampf um möglichst *hohe Warenpreise* im Handel, dessen Opfer bisher stets die Verbraucher zu tragen hatten, in seinen alten Formen wenigstens an manchen wichtigen Stellen zum Stillstand zu bringen. Ganz so leicht wie ehemals ist es dem Zwischenhandel nicht mehr gemacht, die Warenpreise nach Gutdünken und Gelegenheit in die Höhe zu treiben. Dafür treten aber in der Volkswirtschaft Erscheinungen auf, die das im großen zu machen beabsichtigen, was der Zwischenhandel im kleinen trieb, *Preisstreibereln*, dieses Mal herbeigeführt durch *Kartelle* und *Syndikate*. Das Herrschaftsgebiet dieser kapitalistischen Organisationen erstreckt sich von der Erzeugung bis zum Verbrauch vieler Lebensgüter. Der Verbraucher liebt alle Formen der Preisstreibereln gleich wenig. Er wird sich demnach der neuen Preisstreibereln ebenso erwehren, wie er den übermäßigen Zwischenhandelsgewinn bekämpfte. Seine Waffe ist in diesem Kampfe die *genossenschaftliche Organisation*. Daß der Verbraucher oft und leicht in die Lage kommt, mit Hilfe seiner Organisation der ungebändigten Profitgier entgegenzutreten, zeigen einige Vorkommnisse der allerletzten Zeit.

In der Schweiz haben die in einem Syndikat zusammengeschlossenen Schokoladenfabrikanten beschlossen, Preissteigerungen für Schokolade vorzunehmen und die Bezugsbedingungen zu verschlechtern, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1914. Dagegen wendeten sich die Kleinhändler. Der *Verband schweizerischer Konsumvereine* hatte bisher keinen Anlaß, sich an der Abwehr der Forderungen des Syndikats zu beteiligen, da er es für ausgeschlossen hält, daß das Syndikat ernstlich auf den beanstandeten Forderungen beharren würde. Am 8. Januar 1914 hat nun der Schokoladenrat die berechtigten Forderungen des Verbandes schweizerischer Konsumvereine abgelehnt. Dem Schokoladen-syndikat in der Schweiz gehören alle Schokoladenfabriken, mit Ausnahme von vier Firmen, an. Die Organisation der Schweizer Konsumenten wird nicht das erste Mal Gelegenheit zu dem Beweise haben, daß rückichtslose Preisstreibereln ihre natürliche Grenze in einer *starken Organisation der Konsumenten* findet. Die Schokoladenfabrikanten und die Mühlen-

besitzer der Schweiz könnten den Schokoladenfabrikanten eigentlich recht sachdienliche Mitteilungen über den Ausgang von Kämpfen machen, in denen es sich gleichfalls um die Abwehr unberechtigter Ansprüche privater Kapitalisten handelte.

Ähnliche Dinge spielen sich augenblicklich in Dänemark ab. Dort erregt der Zementkrieg großes Aufsehen in der Öffentlichkeit. Die Zementindustrie des Nordens wird von Ringen beherrscht. Einer erstreckt seinen Wirkungskreis über Dänemark, ein zweiter über Norwegen, ein dritter über Schweden, und der vierte hat Norddeutschland unter seine Botmäßigkeit gebracht. Alle vier Ringe arbeiten Hand in Hand und setzen gemeinsam alljährlich willkürliche Preise fest. Die bisher erzielten Erfolgsteigerungen naturgemäß den Machtdünkel der Monopolisten und reizten sie zu dem Versuche, sich auch die Genossenschaften tributpflichtig zu machen. Mit ihnen sollten sie jedoch nicht so leichtes Spiel haben wie mit der Privatkundschaft. Die dänische Großzementkaufsgesellschaft, welche einen Jahresumsatz in Zement von 70000 bis 80000 Tonnen hat, trat der Frage der Errichtung einer genossenschaftlichen Zementfabrik näher und kam so in die Lage, als Befürworter von der Allmacht des Ringes zu wirken. Der Ring griff im Jahre 1911 zu dem verhängnisvollen Mittel, der Großzementkaufsgesellschaft auf den Zement einen Aufschlag von 56 Pfg. pro Tonne zu machen, zu dem ausgesprochenen Zweck, sich einen Kampffonds für den Fall zu schaffen, daß die Genossenschaften mit ihm in Konkurrenz treten würden. Offenbar glaubte er sich dabei gesichert durch einen eben erst mit der Großzementkaufsgesellschaft abgeschlossenen, auf fünf Jahre lautenden Kontrakt. In seiner Kurzsichtigkeit steigerte der Ring den Zementpreis für die Großzementkaufsgesellschaft im Jahre 1912 abermals um 67 1/2 Pfg. pro Tonne. Damit war das Signal zum offenen Kampfe gegeben. Die Genossenschaften antworteten mit dem Bau einer eigenen Zementfabrik in Lindholm bei Nørresundby am Limfjord. Schon zu Neujahr 1914 lieferte der Ring den besten Beweis für die Berechtigung des genossenschaftlichen Vorgehens, indem er plötzlich den Preis für Zement allgemein von 7,31 Mk. auf 5,06 Mk. pro Tonne oder um fast 31% herabsetzte. Damit ist der Kampf eröffnet. Nach sachverständigem Gutachten kann der Zement noch für weniger als 4,50 Mk. pro Tonne geliefert werden, und die Genossenschaftsfabrik kann bei einem Preise von etwa 4,30 Mk. pro Tonne bestehen.

Ähnlich liegen die Dinge bei dem Kampfe mit dem Kohlenringe. Auch hier unerträgliche Preistreiber des marktbeherrschenden Ringes und als Antwort eine kräftige Gegenwehr der Kohlenkonsumenten. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, an Deutschland würde die Auseinandersetzung zwischen großkapitalistischen Preistreibern und organisierten Konsumenten vorübergehen. Auch Deutschland liefert einen vortrefflichen Anschauungsunterricht über die gegensätzlichen Bestrebungen und Aufgaben von genossenschaftlicher und privatkapitalistischer Wirtschaft: Die sozial — die anti-sozial! Soll der Kampf von den Konsumenten bestanden werden, so kann die Mahnung nicht dringend genug ergehen: *Schafft euch starke Konsumentenorganisationen!*

Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912.

I. (Neue Folge.)

Die Tarifverträge in Deutschland im Jahre 1912.

Kürzlich hat die Abteilung für Arbeiterstatistik im Kaiserlich Statistischen Amt in einem Sonderheft die Zusammenstellung der Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1912 veröffentlicht. Eine fleißige Arbeit! Es ist die erste vollständige Bestandsstatistik der in Deutschland geltenden Arbeitsverträge, d. h. zum ersten Male wurden nicht nur die im Berichtsjahr in Kraft getretenen Tarifverträge, sondern sämtliche an dem betreffenden Stichtage (diesmal der 31. Dezember 1912) in Geltung befindliche Tarifverträge in Deutschland ihrem Umfange wie Gesamthöhe nach zur Darstellung gebracht.

An der Spitze der Arbeit steht das Eingeständnis, daß ohne Mithilfe der Gewerkschaftsorganisationen das Werk nicht hätte geschaffen werden können. Man darf wohl gerüst hinzufügen, daß die ganze Arbeiterstatistik in Deutschland heute ohne die wirksame Unterstützung der Arbeiterverbände einfach unmöglich wäre. »Dies Ergebnis«, so heißt es in der amtlichen Drucksache, »wäre nicht zu erreichen gewesen ohne die freiwillige, eifrige Arbeit der das Material liefernden Stellen, insbesondere der Arbeitnehmerverbände, welche mit Sorgfalt und dankenawerter Weise die Aufstellung und Sammlung der Unterlagen der Statistik trotz der damit verbundenen Mühewaltung durchgeführt haben.«

Aber es hätte dieses glänzenden Zeugnisses, womit übrigens die wertvolle Arbeit des Statistischen Amtes in keiner Weise verkleinert wird, nicht bedurft. Aus dem Werke selbst geht deutlich genug hervor, wie reges Interesse die Arbeiterverbände an der Aufstellung der Statistik genommen haben. Wurden doch von dieser Seite für die vorliegende Bestandsstatistik über 12437 Tarifverträge als Bestand am Ende des Jahres 1912 gemeldet, während

von den Organisationen der Unternehmer nur für 836 Tarifverträge das Material einging.

Nach sehr eingehender Arbeit, Vergleichen, Rückfragen, Ergänzungen, kommt das Statistische Amt zu der Feststellung, daß am 31. Dezember 1912 12437 Tarifverträge in 208307 Betrieben mit 1990579 überhaupt beschäftigten Personen bestanden. Demnach arbeiten in Deutschland zurzeit sicher zwei Millionen Arbeiter und Angestellte unter tariflichen Vertragsbedingungen. Bei unbefangener Würdigung dieses Ergebnisses, zusammen mit dem vorläufigen Resultat der Streikstatistik von 1913, wonach die Aussperrungen der Unternehmer die Streiks bereits überwiegen, muß sich einem jeden die Überzeugung aufdrängen, daß die deutschen Gewerkschaften, weit davon entfernt, »Nur«-Streikvereine zu sein, vielmehr einen gewaltigen Faktor des gewerblichen Friedens darstellen.

Mit der Sammlung der im Deutschen Reich bestehenden Arbeitstarifverträge wurde im Jahre 1903 begonnen. Im Jahre 1905 wurde eine zweite Erhebung vorgenommen. Diese waren naturgemäß noch unvollständig. Seit dem Jahre 1907 ist eine regelmäßige Berichterstattung über die Tarifverträge eingerichtet und die Erhebungsformulare sind vervollkommen.

Die Entwicklung der Tarifverträge in den letzten sechs Jahren wird in einer Tabelle gezeigt, aus der wir nur folgende Ziffern hervorheben möchten: Ende 1907 waren erst 5324 Tarifverträge vorhanden für 111050 Betriebe und 974564 Personen. Der Vergleich mit den eben angeführten Ziffern von 1912 zeigt eine hoch erfreuliche Entwicklung. Zu den Zahlen von 1912 ist allerdings noch zu bemerken: Beseitigt man durch Zusammenziehung zu Tarifgemeinschaften die mehrfachen Zählungen — für das Jahr 1912 ist es auf das Genaueste geschehen —, so wurden am 31. Dezember 1912 die Arbeitsbedingungen von 1574285 Personen in 159930 Betrieben durch 10739 Tarifgemeinschaften geregelt.

Die Einteilung der am 31. Dezember 1912 vorhandenen Tarifverträge nach Gewerbegruppen ergibt folgendes Bild: An der Spitze steht das Baugewerbe mit 23 Prozent aller Tarife. Ihm folgen die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 20,2 Prozent, Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen etc. mit 12 Proz., Holzindustrie 11,8 Proz. Dann geht es in weitem Abstand bis zum Bergbau mit 0,0 Prozent. Die allgewaltigen Zehnenbarone sind noch die unumschränkten Gebieter über »ihre« Arbeiter. Nach der Zahl der beschäftigten Personen gerechnet, bleibt das Baugewerbe an der Spitze mit 37,9 Prozent. An die zweite Stelle rückt aber die Metallindustrie mit 12,6 Prozent, während die Nahrungsmittel-Industrie mit 7,6 Prozent an die fünfte Stelle kommt.

Eine weitere Tabelle bringt einen Vergleich der Tarifverträge mit der gewerblichen Berufsstatistik vom 12. Juni 1907. Danach ist am stärksten das polygraphische Gewerbe tariflich gebunden; die Zahl der von Tarifverträgen erfaßten Arbeiter beträgt in diesem Gewerbe etwa die Hälfte (50,8 Proz.) der überhaupt beschäftigten Arbeiter. Dann folgt das Baugewerbe 46,8 Prozent, die Holzindustrie mit 29,5 Prozent, Bekleidung mit 26,2 Prozent, Lederindustrie mit 22,6 Prozent. Als Kuriosum ersieht man aus der Tabelle, daß auch 77 im Bergbau Beschäftigte (Torfgräber) »tarifmäßig gebunden« sind. Diese Ziffer reichte aber nicht für ein Zehntelprozent, es mußte also bei dem 0,0 Prozent verbleiben.

Die Gruppierung der Tarifgemeinschaften nach der Zahl der beteiligten Personen ergibt, daß die Hälfte aller Tarifgemeinschaften (50 Proz.) Betriebe mit durchschnittlich bis zu zehn Personen umfaßt. Über 2/3 (69 Proz.) gehören zu denen, welche durchschnittlich bis zwanzig Personen umfassen. Die Mehrheit aller Personen dagegen gehört zu Tarifgemeinschaften, bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als zwanzig Personen entfallen (50,3 Prozent).

Sehr wichtig für die organisierte Arbeiterschaft ist die Feststellung, wie viele der unter Tarifgemeinschaften tätigen Arbeiter organisiert sind. Leider haben für die vorliegende Statistik eine Anzahl Verbände diese Angaben nicht korrekt machen können. Soweit darüber Angaben vorliegen, gehören 54,1 Proz. aller tariflich gebundenen Arbeiter den berichtenden Verbänden an. Dieser Durchschnittprozentsatz wechselt in den einzelnen Gewerbegruppen zwischen 29,9 Proz. im Baugewerbe und 93,8 Proz. im polygraphischen Gewerbe.

Die Angaben über die in den Tarifverträgen festgesetzte Arbeitszeit ist gegliedert nach wöchentlicher und täglicher Arbeitszeit, sodann geschieden nach Jahreszeiten (Sommer und Winter). Im Sommer ist die tägliche Arbeitszeit von mehr als 9 1/2 bis 10 Stunden verhältnismäßig am meisten vertreten, bei 46,6 Proz. der Tarifgemeinschaften mit 37 Proz. der Arbeiter. Im Winter ist die neunstündige Arbeitszeit so stark vertreten, daß sie der zehnstündigen die Wage hält. Ein ähnliches Bild bietet die wöchentliche Arbeitszeit. Für die Mehrheit (56,7 Prozent) beträgt sie über 54 bis 60 Stunden im Sommer. Im Winter ist die unterste Stufe (48 Stunden) verhältnismäßig stark besetzt.

Über Arbeitspausen enthalten 7200 Tarifgemeinschaften (von 10739) Bestimmungen.

Die wichtigsten in den Tarifen festgelegten Bestimmungen sind natürlich die auf den Arbeitslohn bezüglichen. Alle durch Tarifvertrag festgesetzten

Löhne bedeuten für den individuellen Arbeitsvertrag Mindestlöhne. Aus den zahlreichen Tabellen über die Löhne sei folgendes herausgegriffen: Bei dem gelernten Arbeiter ist die Stufe über 45 bis 50 Pfg. pro Stunde am meisten besetzt (mit 34,7 Prozent aller Tarifgemeinschaften, und 37 Prozent aller beschäftigten Personen) während bei den ungelerten Arbeitern die Stufe über 35 bis 45 Pfg. die stärkste Besetzung aufweist, nämlich 47 Prozent der Tarifgemeinschaften und 44,4 Proz. der Arbeiter. Danach beträgt bei der Mehrzahl der Tarifgemeinschaften (58,9 Prozent) und aller Arbeiter (72 Prozent) der niedrigste Mindestlohn der betreffenden Tarife für gelernte Arbeiter über 45 Pfennig, während er bei der weit überwiegenden Mehrzahl aller Tarifgemeinschaften (74,2 Prozent) und Arbeiter (61,7 Prozent) für die ungelerten Arbeiter 45 Pfennig und darunter beträgt. Es folgen nun detaillierte Angaben über die Wochenlöhne, über besondere Zulagen für Kost, Kleidung, freien Trank, Provision usw. Ferner wird über Zuschläge zu den Stundenlöhnen für Überstunden, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und sonstige Leistungen in verschiedenen Tabellen eingehend berichtet. Wir müssen uns damit begnügen, auf diese Angaben als eine reiche Fundgrube für Spezialbearbeitungen hinzuweisen. Entsprechend der geringen Anwendung der Tarifgemeinschaften auf weibliche Arbeiter enthalten nur 997 Tarifgemeinschaften, welche insgesamt 16961 Betriebe und 274268 (männlichen und weiblichen) Personen einschließen, Bestimmungen für weibliche Arbeiter.

Schlichtungs- und Einigungsorgane sind in 131616 Betrieben mit 1278172 Personen vorgesehen. Was den Arbeitsnachweis anlangt, so haben 1691 Tarifgemeinschaften (15,7 Prozent) mit 33832 Betrieben und 230805 Personen die Benutzung eines Arbeitsnachweises bestimmter Art vorgeschrieben.

Mit dieser kurzen Skizzierung ist der Gesamtinhalt der statistischen Arbeit noch lange nicht erschöpft. So sind unter anderem in einer Anzahl weiterer Tabellen die Tarifverträge in geographischer Gliederung dargestellt. Es ist, wir wiederholen es, eine fleißige Arbeit, die hier unter wirksamer Beihilfe der Gewerkschaften zustande gekommen ist, womit die von anderen behördlichen Organen geübten Drangsalierungen der Gewerkschaften allerdings in recht eigenartigem Kontrast stehen.

Deutschlands Entwicklung zum Industriestaat.

In Deutschland, das sich trotz der Nachbarschaft industriell wirtschaftender Länder bis weit in das 19. Jahrhundert seinen agrarisch-zünftlerischen Charakter gewahrt hatte, begann sich endlich auch in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts Bestrebungen nach wirtschaftlichem Aufstieg durchzusetzen. In das schier unüberwindliche System der Zölle und Abgaben war durch die Gründung des Zollvereins Breche geschlagen, mit der Entstehung von Eisenbahnen wurde der Verkehr ungemein gefördert, konnten größere Absatzgebiete leichter erschlossen werden. Diese Zeitperiode ist es denn auch, in der sich in Deutschland die industriell-kapitalistische Wirtschaftsweise aus der landwirtschaftlich-handwerklichen entwickelte.

Diese Entwicklung wurde aber neben den bereits genannten auch noch durch andere Umstände und Erscheinungen begünstigt. So mußte zunächst der deutsche Boden mit seinem Reichtum an Ton, Zink, Zinn, Blei, Kupfer, vor allem aber Kohlen und Eisen einem Großwerden gewerblicher Tätigkeit ungemein förderlich sein, denn ein Gewerbe kann sich aus leicht verständlichen Gründen dort viel leichter entwickeln, wo der Mensch Gelegenheit hat, das Rohmaterial an Ort und Stelle dem Schoße der Erde zu entnehmen. Es konnte sich deshalb in bestimmten Gegenden, wie im Ruhrgebiet, wo Kohle und Eisen räumlich nahe und in großen Massen zu finden sind, leicht eine große Eisenindustrie bilden, die wiederum für die Entfaltung anderer Industrien Anstoß und Vorbedingung gewesen ist. So war also Deutschland durch seinen Bodenreichtum von der Natur in der Entwicklung seines Wirtschaftslebens sehr begünstigt. Aber auch die Eigenschaften der deutschen Bevölkerung kamen dem werdenden Industrialismus sehr zu statten. Mit seiner bekannten Duldsamkeit und Arbeitsfreudigkeit konnte sich der Deutsche den Anforderungen fabrikmäßiger Arbeit ebenso leicht anpassen, wie es ihm bei seiner Neigung zur Disziplin nicht schwer fallen konnte, sich einer organisierten Zusammenarbeit, wie sie zur Steigerung gewerblicher Produktivkräfte nötig war, unterzuordnen. Als weitere, dem Industrialismus sehr günstige Bevölkerungseigenschaft kam ferner die starke Kindererzeugung in Betracht. Durch sie wurde den aufschließenden Gewerbebetrieben das Arbeitsmaterial geliefert, denn die zahlreich entstehenden Manufakturbetriebe, in denen sich durch Zusammenarbeit vieler an ein und demselben Gebrauchsgegenstand ganz neue Produktivkräfte auslösten, erforderten natürlich auch viele Auszubildungsobjekte. Später war es dann die wissenschaftliche Anwendung technischer Maßnahmen, die zur Herstellung von Produkten verwendet, der industriellen Entwicklung wiederum sehr zu statten kam. War früher das persönliche Geschick des Handwerkers unbedingte Notwendigkeit gewesen, so iraten jetzt an dessen Stelle die automatischen Bewegungen toter Körper, der Maschinen, und die menschliche Kraft wurde durch



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Technische Umwälzungen im Jahre 1913.

II.

Daß die riesenhafte Umwälzung, die durch das Kommen des rotierenden Druckträgers im Flachdruck herbeigeführt wurde, auch auf die andern Druckmethoden ihren Einfluß ausübte, liegt in dem Wesen und den allgemeinen Tendenzen der Entwicklung. Denn die Tendenzen der Entwicklung sind Gegensätze, Widersprüche; ihr Vollzug ist dialektisch. Jede Tendenz ruft nämlich, sobald sie eine gewisse Kraft erlangt hat, Gegen Tendenzen hervor, deren Bestreben die Aufhebung der ersten Wirkung ist. Beide im Kampf liegenden Tendenzen finden sich dann zu einer höheren Einheit zusammen und stellen erneut eine Tendenz dar, die, sobald sie eine gewisse Kraft erlangt hat, neue Gegen Tendenzen auf den Plan rufen. Die treibende Kraft ist der Selbsterhaltungstrieb, ist der Trieb zum Sein, der seinen sichtbaren Ausdruck in dem Bestreben der größtmöglichen Anpassung findet. Und auch die andern Druckmethoden suchten sich anzupassen, wollten sich nicht überflügeln lassen, zeigten den Trieb zu leben, kurz, wollten konkurrenzfähig sein; so entstand ein Wettbewerb der einzelnen Druckmethoden, dessen Ergebnis die höchste Vollendung sein muß, beruhend auf der fortwährenden, gegenseitigen Befruchtung, dem Bestreben folgend, auf einfacherem Wege mit einfacheren Mitteln bessere Ergebnisse zu erzielen.

Dieses Bestreben blieb als treibender Faktor nicht nur auf das Werden der Druckmethoden beschränkt, sondern schlang seine Polypenarme auch um den Arbeitsprozeß, der dem Druck notwendigerweise vorausgehen muß, und zwang ihn, sich ebenfalls seiner Macht zu beugen. Die Lithographie als das älteste Verfahren zur Herstellung einer Originaldruckplatte für den Flachdruck wurde ebenfalls stark in den Bannkreis des Bestrebens der Vereinfachung gezogen und mußte, wollte sie sich am Leben erhalten, Neuerungen ihre Tore öffnen. Die Photographie, der mechanische Zeichner, hielt Einzug und wurde in ganz kurzer Zeit bestimmend für die Lithographie. Man kann schon heute sagen, daß die alten manuellen Methoden der Lithographie in die Rumpelkammer der Entwicklung gewandert sind und dort ein beschauliches Dasein in Erinnerung längst vergangener Tage ehemaligen Glanzes führen, trotzdem die Photographie noch garnicht ihre ganzen Kräfte spielen ließ. Denn es besagt absolut nichts, wenn die Praxis Einzelfälle zeitigt, deren Weg umgekehrt, also vom Mechanischen zum Manuellen ist. Es beweist höchstens, daß noch verschiedene Arbeiten der Lithographie abzufragen sind. Die Arbeiten aber, in denen der mechanische Zeichner auf einfacherem Wege unter Anwendung einfacherer Mittel bessere Ergebnisse erzielt hat, sind derartig überwältigend und so in der Mehrzahl, daß das Umgekehrte lediglich nur die Ausnahme bildete, Ausnahmen aber stets die glatte Bestätigung jeder Regel sind. So hat denn die Photographie auf alle Produkte, deren Anfangsbeginn die Lithographie war, ihre schwere Hand gelegt und durch ihre verblüffende Vereinfachung der Herstellung von Originaldruckplatten vielen Lithographen den Weg zu einem andern Beruf gewiesen. Die vollständig verkehrte Wirtschaftspolitik, sowie die ungeheure Zahl von Lehrlingen, die dem Beruf von einem akropellosen Unternehmertum zugeführt wurden und die er zu tragen nicht in der Lage war, haben dazu beigetragen, dieser Auswanderung aus dem Lithographenberufe in verstärktem Maße die Wege zu ebnen.

Aber nicht nur die Photographie, sondern auch andere technische Errungenschaften sind

am Werke, die manuelle Arbeit des Lithographen zu beseitigen. Erinnert sei nur an den sich noch garnicht so lange im Handel befindlichen Karrographen zur Herstellung von gravierten Schriften. Wenn auch von den gute Schrift anfertigen Merkantillithographen gesagt wird, daß dieser Apparat zur Zeit für gute Schriftarbeiten nicht zu verwenden sei, so ist doch damit die revolutionäre Wirkung dieser Erfindung noch lange nicht abgetan. Oder glaubt jemand, daß, nachdem man soweit gekommen ist, die Anwendbarkeit dieses Karrographen überhaupt zu ermöglichen, die Technik nicht imstande wäre, Mängel zu beseitigen? Vorläufig sind nur kapitalistische Motive die Ursache, daß hier wesentliche Fortschritte nicht erzielt werden. An der Technik liegt es nicht, und wenn erst die Voraussetzung zur kapitalistischen Ausnützung dieser Erfindung gegeben ist, wird die Technik auch dieses Problem lösen, daß nichts zu tun mehr übrig bleibt. Auch sonst noch sind eine Reihe technisch verbesserter Hilfsmittel im vergangenen Jahre aufgetaucht, die zu behandeln zu weit führen würde, die aber doch in ihrer Gesamtheit genommen einen ganz hübschen Fortschritt darstellen, verbunden mit manchem Übel für den Berufsarbeiter.

Der Hochdruck, der durch seinen Buntdruck dem Flachdruck in letzter Zeit ganz gewaltige Konkurrenz gemacht hat und der imstande war, dem Flachdruck die Drucksachen ganzer Industrien zu entziehen, hat wesentliche, d. h. grundlegende Veränderungen in der Druckmethode nicht erlebt. Ganz gewiß sind auch hier einzelne Teile der Maschinen technisch wesentlich verbessert und dazu gebracht worden, vorhandene Mängel zu beseitigen. Eine ganze Anzahl von neuen Maschinen wurde auf den Markt geworfen mit der Anpreisung höchster Leistungsfähigkeit. Doch Neues ist, wie schon gesagt, nicht zu registrieren. Was jedoch bis jetzt noch nicht zu verzeichnen ist, kann bald Tatsache werden. Das Neueste auf dem Gebiete des Druckwesens, der Tiefdruck, der durch die bildliche Ausgestaltung der Zeitungen in der Lage war, in die Zeitungsindustrie einzudringen, hat den Anstoß dazu gegeben. Wie berichtet, ist ein neues Verfahren, Emailledruckverfahren genannt, in Vorbereitung, daß den Tiefdruck in der Güte der Druckerzeugnisse und rationellem Arbeiten wesentlich überflügeln und so dem Hochdruck die unbedingte Herrschaft über den Zeitungsdruck sichern soll. Ob daraus etwas wird, liegt heute noch im Schoße der Zukunft; aber es ist für die technische Entwicklung bezeichnend, daß, nachdem ein Problem gelöst ist und sich noch garnicht so richtig durchgesetzt hat, schon neue Druckmethoden in Vorbereitung sind, deren Anwendung weitere Umwälzungen im graphischen Gewerbe bedeutet.

Wird eine Druckmethode nicht durch grundlegende technische Neuerungen umgekrempelt, dann unterliegen auch die zu dieser Druckmethode notwendigen Vorarbeiten keinen wesentlichen Umformungen. So hat denn auch die Chemigraphie als hauptsächlichster Vorarbeiter des Hochdruckes keine grundlegenden Veränderungen erfahren. Was geleistet wurde, war Kleinarbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Nicht am Fundament, sondern im Innern wurde im Laufe des Jahres gebaut und so manches geschaffen, daß die Leistungsfähigkeit der Chemigraphie wesentlich erhöht und ihr ihren bestimmenden Einfluß noch auf Jahre hinaus sichert. Ihre Anwendungsmöglichkeit wurde wesentlich gesteigert und so manche Drucksache, deren Bildherstellung bisher der Chemigraphie verschlossen war, bringt sie als Trophäe des Jahres 1913 heim, und manches andere, das bisher nur aus Liebhaberei auf chemigraphischem Wege hergestellt wurde, ist in den ständigen Besitzstand der Chemigraphie als der billigsten Herstellungsweise gewandert. Den tiefgehenden Einfluß, den die Chemigraphie auf dem Gebiete des Flachdruckes ausgeübt hat, haben wir schon erwähnt, wollen aber noch hinzufügen, daß durch die ständigen

Verbesserungen auf dem Gebiete des Flachdruckes noch manche Arbeit der Chemigraphie zufallen wird. Nur um eins zu erwähnen, sei auf die Möglichkeit des Autodruckes vom Stein hingewiesen, dessen Grenzen nicht einmal andeutungsweise gegeben werden können.

Was vom Hochdruck gesagt wurde, trifft auch voll und ganz auf die Methoden des Tapeten- und Wachsdruckes zu. Auch hier sind wesentliche Neuerungen oder Veränderungen nicht zu verzeichnen. Die zu registrierende Leistungsfähigkeit liegt nicht im technischen Verändern begründet, sondern findet ihre Ursache in der stärkeren Ausbeutung des Einzelnen. Inwieweit der Flachdruck in der Lage war, insbesondere dem Tapetendruck auf den Hals zu rücken, sieht noch dahin; bis jetzt sind nennenswerte Dinge noch nicht zu verzeichnen.

Der Formenstich als vorbereitende Arbeit für den Wachs- und Tapetendruck hatte ebenfalls nennenswerte technische Veränderungen im Jahre 1913 nicht zu verzeichnen. Wohl sind hier und da Versuche gemacht worden, durch Anwendung anderer Materialien Vorteile zu erzielen; sie sind aber bisher ohne jede Bedeutung geblieben. Lediglich das eine hat das Jahr 1913 erneut bewiesen, daß der Formenstich immer mehr den Charakter der Saisonarbeit annimmt, Ausbreitungsmöglichkeiten sind nicht vorhanden. Die Mode, deren Launen nicht ohne Bedeutung für den Beschäftigungsgrad der Formstecher sind, sowie die Bestrebungen verschiedener Hygieniker, die Tapete als Gebrauchsware überhaupt ausschalten, wirken mit, die Lebenslage der Formstecher zu verschlechtern. Diesen Verschlechterungstendenzen entgegenzuwirken, ist die Aufgabe der Vereinigung der Berufsarbeiter und jeder Einzelne hat nach seinem Können und Wissen seinen redlichen Teil beizutragen. Mögen die dahin zielenden Wiesbadener Abmachungen, ein Ergebnis des Jahres 1913, abgeschlossen zwischen Unternehmern und Arbeitern, ihren Zweck erfüllen.

Bei dieser Gelegenheit sei zugleich des im vergangenen Jahre abgeschlossenen Chemigraphentarifes gedacht, dessen Wirkung ebenfalls dahingehen möge, die durch die Entwicklung der Technik ganz von selbst kommende Schädigung der Berufsarbeiter hintenan zu halten und den Weg zu höherer Kultur frei zu machen.

Die oberste Instanz.

II.

Das Ei des Kolumbus.

Die Lösung gewerkschaftlicher Verfassungsfragen durch das Ausmerzen der Fremdwörter.

Daß die Menschen doch immer Umwege machen müssen. Umwege, die sie über Stock und Stein in gefährliche Gegenden führen, in denen sie sich nicht nur Arme und Beine, sondern auch das Gedächtnis brechen können. Bis endlich einer kommt mit klarem Kopf und gesunden Augen und ihnen zeigt, daß es doch einen so schönen graden und bequemen Weg gibt, der schnurstracks zum Ziele führt.

Das ist auf allen Gebieten so. Wie sind zum Beispiel wir Merkantillithographen gestoppt über aus Amerika zu uns herübergekommene Wolken, die aus merkwürdigen Bändern herausrollten, die keinen Anfang und kein Ende hatten. In dieses Gemengel haben wir dann Buchstaben hineingesetzt, die nur aus dem Zusammenhang der Wörter noch als Buchstaben zu erkennen waren, und das Kunstwerk war fertig. Ein paar Jahre später haben wir all die Schlangenwindungen des Jugendstils solange begehrt mitgemacht, bis wir außer Atem waren, und wir waren sehr stolz darauf. Das ging, bis einer kam, der die Wolken wegblies und die Schlangenlinien zum Teufel jagte, und der die armen mißhandelten Buchstaben so zurechtbog, daß sie ihre ursprüngliche Form wieder bekamen, und siehe da: unsere Arbeit sieht nicht nur schöner aus, sie ist auch besser, weil sie zweckmäßiger ist.

In der Nummer 5 der „Gr. Pr.“ zeigt uns nun der Kollege Fr. Schm., daß sogar all die vielen Strettigkeiten, die in den letzten Jahren ausgefochten wurden, weil man dem Einfluß der Massen in den Gewerkschaften arg gefährdet schien, aus einer sehr leicht zu verstopten Quelle fließen. Die Fremdwörter in den Satzungen — Statuten dürfen wir nun nicht mehr sagen — sind es, die den Selbstherrschern in der Gewerkschaftsbewegung als Schild dienen. Nehmen wir ihnen die Fremdwörter, dann fallen sie auf den Bauch,

Jeder erkennt sie dann als die armseligen Tröpfe, die sie in Wirklichkeit sind.

In der letzten Zeit bin auch ich unter die Selbstherrschter geraten. Ich habe mich zwar immer für einen guten — Gott verzeihe mir die Sünde, aber ich kann nicht anders, ich muß jetzt ein Fremdwort anwenden — Demokraten gehalten und ich glaube, daß es auch sonst noch Menschen gibt, die mit mir dieser Meinung sind, aber ich habe gegriegt und geschrieben, daß die Generalversammlungsbeschlüsse nicht durch eine Urabstimmung beseitigt werden könnten, und das war mein Sündenfall. Ich bin ein Gegner der Demokratie; ich habe die Axt an die Wurzeln der Demokratie gelegt; ich habe mich gegen den Geist unserer ganzen Arbeiterbewegung vergangen. Und warum? Aus Dummheit! Ich habe nicht gewußt, was eine Instanz ist. Dieses verfluchte Fremdwort. Es sieht so harmlos aus. Nur zwei Silben hat es, und doch hat es mich um mein ganzes Ansehen gebracht. Das ist die Strafe dafür, daß ich nicht, ehe ich meinen letzten Artikel schrieb, erst ein paar Abschnitte in meinem »Wustmann« gelesen habe.

Trotzdem möchte ich nicht ruhig einstecken, was mir vorgeworfen wird. Ich bin doch schließlich ein Mensch und da jeder Wurm sich krümmen darf, der getreten wird, darf ich auch erst noch einige Zuckungen machen, ehe ich mich für tot erklären lasse.

Da möchte ich zunächst eine Feststellung machen. Ich schäme mich beinahe es zu tun, weil das schon jeder wissen mußte, aber ich komme nicht drum herum, zu betonen: *Eine Gewerkschaft ist eine Kampforganisation.* Und warum betone ich das? Sehr einfach, weil eine Kampforganisation nicht so ohne weiteres mit jedem Maß gemessen werden kann, auch nicht mit dem demokratischen. Was für die von Schn. als Beispiel angeführte Schweiz richtig ist und was die sozialdemokratische Partei in ihrem Programm fordert, braucht noch keineswegs für die Gewerkschaftsbewegung zu passen. Da höre ich den Kollegen Schn. »Oho!« rufen. Aber das nutzt nichts. Daß eine Kampforganisation ihre eigenen Gesetze hat und haben muß, Gesetze, die unter Umständen von ihren eigenen Forderungen abweichen müssen, ich sage ausdrücklich *müssen*, das zeigt uns gerade die sozialdemokratische Partei. Diese fordert, wie Schn. ganz richtig sagt, die direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes, aber in ihrer eigenen Verfassung — sie sagt leider, da sie ihren Übersetzer noch nicht gefunden hat, Organisationsstatut — ist von einer Urabstimmung nicht die Rede. Mit Fug und Recht nicht. Kein vernünftiger Mensch wird ihr daraus einen Vorwurf machen. Eine Kampforganisation darf aus Zweckmäßigkeitsgründen ihre Karten nicht so auf den Tisch legen, daß jedes Mitglied klar darin lesen kann, denn mit den Mitgliedern sehen dann auch die Gegner hinein. Darum hat sich die Partei Verwaltungskörper geschaffen, die nach den Grundsätzen der Demokratie gewählt werden. Dazu gehört der Parteitag. Von ihm sagt der § 7 des Organisationsstatuts: *Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.*

Ja aber zum Donnerwetter, das ist ja genau so wie Schn. unsere Satzung übersetzt. Bei uns heißt es im § 42: *Die Generalversammlung ist die oberste Instanz in allen Verbandsangelegenheiten.* Schn. verdeutscht das: Die Generalversammlung ist die oberste Vertretungskörperschaft usw. Wir sind also genau soweit mit unserer Generalversammlung, wie die Partei mit dem Parteitag: sie ist unsere höchste Vertretung und genau so, wie Parteitagsbeschlüsse von den Mitgliedern befolgt werden müssen, genau so sind die Beschlüsse der Generalversammlung einzuhalten.

Damit tue ich keineswegs der Demokratie Gewalt an. Das, was ich hier in Bezug auf unsere Generalversammlung sage, wird Schn., aus dessen Artikel ich schließe, daß er Sozialdemokrat ist, schon oft genug von den Parteitagen gesagt haben, ohne daß er sich deshalb all die schönen Eigenschaften zugelegt hat, die er mir an den Hals wirft. Aber Selbsterkenntnis ist leider kein Fremdwort und deshalb kann es Schn. auch leider nicht — übersetzen.

Natürlich sind Beschlüsse der höchsten Vertretung kein Kräftelein Rührmichnichtan. Sie können abgeändert werden. In der Partei wieder nur durch Beschlüsse eines anderen Parteitag, bei uns durch Beschlüsse einer neuen Generalversammlung. Da wir aber nicht wie die Partei alle Jahre unsere höchste Vertretungskörperschaft zusammenberufen, sondern in Abständen von drei Jahren, und weil innerhalb dieser Frist ganz neue Verhältnisse sich bilden können, die die Abänderung eines früher gefaßten Beschlusses dringend erheischen, darum haben wir eine Einrichtung, die die Partei nicht braucht, die *Urabstimmung*. Hätten wir sie nicht in unserer Satzung, dann müßte sie hinein, denn sie ist in gewissen Fragen eine ganz unentbehrliche Einrichtung. Sie tritt dann an die Stelle der Generalversammlung, aber sie ist ihr nicht übergeordnet. Das heißt, es würde dem Geiste unserer Satzung widersprechen, wenn die Urabstimmung, so wie es der Antrag Mannheim wollte, benutzt werden sollte, einen Generalversammlungsbeschuß umzuändern oder aufzuheben. Das ist nur möglich, wenn die Generalversammlung selbst einen Beschuß der Urabstimmung unterbreitet, wie es Ziffer 1 a des § 51 unserer Satzung vorseht. Selbst dieses

Recht hat nicht einmal die Generalversammlung ganz uneingeschränkt, denn etwas äußerst wichtiges, die Auflösung des Verbandes, kann die Generalversammlung nicht einmal unter allen Umständen der Urabstimmung überlassen, wie Schn. aus dem § 59 der Satzung ersehen kann.

Es bleibt also schon dabei, daß zurzeit die Generalversammlung die höchste Instanz ist, was auch für jeden, der keine Haarspaltere! treibt, schon daraus hervorgeht, daß sie ohne weiteres die ganze Einrichtung der Urabstimmung aus der Satzung entfernen kann, ohne daß die Mitglieder rechtlich ein Mittel hätten, sich anders dagegen zu wehren, als durch eine neue Generalversammlung. Deshalb, Kollege Schn., streichen Sie aus Ihrem gewerkschaftlichen Nachschlagebuch den Satz, daß alle Beschlüsse einer Generalversammlung durch Urabstimmung aufgehoben oder umgeändert werden können. Damit wird die Demokratie wirklich nicht vergewaltigt oder in bösen Ruf gebracht.

Die Demokratie hat in der Gewerkschaftsbewegung ihre Grenzen. Genau wie in der Partei. Wer sie gewaltsam über diese Grenze hinauschiebt, der ist, der ihre schwache Seite zelnst und sie damit schädigt. Das ist mit der Demokratie so wie mit den Menschen. Ich will ein Beispiel wählen, möchte aber von vornherein bitten, es nicht persönlich anzufassen. Der Kollege Schn. ist mir persönlich ganz unbekannt. Aber sein Artikel verrät trotz seiner Schwächen ganz ohne Frage journalistisches Talent. Wenn er noch etwas mehr Erfahrung und mehr Übung hinter sich hat, wird er ganz beachtliches leisten. Er wird sich dann auch Übersetzerscherze auf den 1. April aufsparen. Es ist die Klau des Löwen, die sein Artikel erkennen läßt. Aber wenn diese meine gute Meinung, die ich von ihm habe, mich nun veranlassen würde, meinen ganzen Einfluß — vorausgesetzt, daß ich welchen hätte — geltend zu machen, um ihn in eine hervorragende Stellung in einem wichtigen Blatte zu schieben, so fürchte ich, würde er versagen. Würde das dann gegen den Kollegen Schn. sprechen? Ich sage nein! Es spräche gegen mich, ich hätte die Grenzen seines Könnens vorher beobachtet müssen und mich nicht dadurch verführen lassen dürfen, daß er innerhalb der Grenzen, die er sich selbst zieht, indem er mich und andere ebenso beschiedene Größen vermöbelt, annehmbares leistet.

So geht es auch mit demokratischen Einrichtungen in Kampforganisationen, soweit die Demokratie nur in der Urabstimmung gesucht wird. Vergessen wir hier die Grenze nicht, sorgen wir lieber dafür, daß in all unseren Vertretungskörperschaften, die nun einmal unentbehrlich und unersetzlich sind, wirklich demokratischer Geist herrscht.

Hermann Müller, Berlin.

Wunderlich & Co., Altwasser in Schlesien.

Hohe Dividende für die Aktionäre, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsverhältnisse.

Wer kennt ihn nicht, den stolzen Kunsttempel vis à vis vom Bahnhof Altwasser mit den großen Lettern am Giebel »Wunderlich & Co.«? Aus kleinen Anfängen heraus ist der Betrieb binnen 20 Jahren zu einer Weltfirma emporgeschwollen. Die Erzeugnisse der Firma, einbrennbare Abziehbilder auf Porzellan, wandern in alle Weltteile und finden guten Absatz. Als der Betrieb noch klein war, konnten wir auch dort ganz erträgliche Arbeitsverhältnisse verzeichnen. Mit dem Wachsen des Betriebes hielt aber auch der »Herrenstandpunkt« seinen Einzug. Der ehemalige Steindruckere Wunderlich von der Porzellanfabrik Tilsch & Co ist nicht mehr identisch mit dem Direktor Wunderlich. Antreiber und Lohnknausrigkeit, bel gelerntem und ungeletem Personal, steht auf der Tagesordnung. Obwohl fast sämtliche Firmen der graphischen Branche auch ihren Hilfsarbeitern und -Arbeiterinnen, weil diese ebenfalls in Wochenlohn arbeiten, die gesetzlichen Feiertage bezahlen, so ist davon in genannter Firma nichts zu bemerken. Und dies geschieht just in einer Zeit, wo folgende Mitteilung über die Betriebs-Ergebnisse die Runde in den graphischen Fachzeitschriften macht:

»Wunderlich & Co., Akt.-Ges. (Kunststalt) in Altwasser in Schl. Auf Waren- und Fabrikationskonto werden 457 150 Mk. (i. V. 483 344 Mk.) ver einnahmt. Nach 99 012 Mk. (151 793) Abschreibungen verbleibt einschließl. Vortrag ein Reingewinn von 235 201 Mk. (222 010). Hiervon wurden wieder 14 Prozent Dividende verteilt, dem Reservefonds 10 686 Mk. (11 150) zugeführt und 31 408 Mk. (28 347) als Tantiemen gezahlt. Zum Vortrag auf neue Rechnung gelangen 32 126 Mk. (21 562). In das neue Geschäftsjahr ist das Unternehmen mit einem sehr guten Auftragsbestand eingetreten, und die Verwaltung glaubt wiederum ein befriedigendes Erträgnis in Aussicht stellen zu können.«

14 Prozent Dividende sind jenen Herren wiederum in den Schoß gefallen, die sich kaum einmal im Jahre im Betriebe sehen lassen. Als geschorene Schafe sieht die Arbeiterschaft zu, wie sich jene Leute in den Mehrertrag teilen. Jedenfalls auch eine Illustration zu der Behauptung, daß man es durch seiner Hände Arbeit noch zu etwas bringen kann. Lumpige 31 408 Mk. werden nur als Tantieme ausgeschüttet. Ein Bruchteil von dieser Summe hätte genügt, um den Hilfsarbeitern und -Arbeiter-

rinnen die gesetzlichen Feiertage bezahlen zu können. Auch die Löhne der Lithographen und Steindrucker, die schon jahrelang auf derselben Höhe stehen, wären sehr verbesserungsbedürftig. Mehr Entgegenkommen von seiten der Direktion wäre wohl am Platze, zumal doch die Lebensmittel und Wohnungsmieten in den letzten Jahren enorm gestiegen sind.

Trotz des äußerst günstigen Geschäftsabchlusses greift neuerdings die Direktion zu einer ganz verwerflichen Methode. Man ersetzt nunmehr Gehilfen, die unter Entbehrungen ihre vier Jahre Lehrzeit absolviert haben, dadurch, daß man an ihre Plätze Mädchen stellt, die für niedrigen Lohn dieselben Arbeiten verrichten sollen, als lang-jährig beschäftigte Leute. Wir nennen diese Methode verwerflich, weil das deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe ohnedies durch eine verkehrte Zollpolitik und technische Umwälzungen einen Niedergang zu verzeichnen hat. Groß ist das Heer der arbeitslosen Berufscollegen und viele gelehrte Lithographen und Steindrucker mußten der Existenz wegen zu anderen Berufsweigen übergehen. Dies dürfte auch der Direktion bekannt sein. Sucht man auf der einen Seite die gelehrten Leute zu verdrängen, so sorgt die Firma auf der andern Seite für übermäßigen Nachwuchs des niedrigeren Berufes. Die *Lehrlingszucht* steht in hoher Blüte. Es existiert wohl eine Lehr-lingskala, abgeschlossen mit dem Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer und dem Verband der Lithographen und Steindrucker. Diese Abmachungen werden jedoch von der Firma umgangen. Die Ausbildung der vielen Lehrlinge läßt natürlich viel zu wünschen übrig und mancher Ausgelernte der Firma Wunderlich & Co. hat nach beendeter Lehrzeit den Beruf an den Nagel hängen müssen, weil er anderweitig ein Fortkommen nicht finden konnte. Ist es ohnehin für Eltern und Vormünder eine schwierige Situation, einen geeigneten Beruf für ihre Pflegebefohlenen zu wählen, so muß es geradezu als eine Unverantwortlichkeit bezeichnet werden, ihre Schützlinge unter den genannten Voraussetzungen dem Steindruckergewerbe und dieser Firma zuzuführen. *Eltern und Vormünder, ihr seid gewarnt!*

Nicht genug damit, auch Lohnabzüge und Strafen sind bei der Firma Wunderlich & Co. üblich. Ein aus der Firma ausgetretener Drucker hat jetzt das zweifelhafte Vergnügen, seinen Abzug gerichtlich einzuklagen. Sind die Strafen für Zuspätkommen bei den minimalen Löhnen ziemlich hart, so gewinnt diese Maßnahme insofern an Schärfe, weil die Arbeiter und Arbeiterinnen gar nicht einmal wissen, wozu diese Gelder eigentlich verwertet werden. Nebenbei haben aber die Beschäftigten darüber zu klagen, daß ihnen durch falsches Klingeln die *Frühstücks- und Vesperpausen verkürzt* werden.

Hoffentlich tragen diese Zellen dazu bei, daß in genannter Firma mehr Arbeiterfreundlichkeit Platz greift. Den Arbeitern und Arbeiterinnen betreffend der Firma aber rufen wir, die günstige Geschäftskonjunktur auszunützen, zur Stärkung und zum weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation, dem Verbands der Lithographen und Steindrucker, sowie dem Verbands der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

»Schlesische Bergwacht.«

Die photomech. Fächer.

Aus der Statistik der Zentral-kommission der Chemigraphen und Kupferdrucker.

Überläufer: Positivretuscheure.

Jedem ohne weiteres erkennbar haben besonders zwei Sparten der Chemigraphie innerhalb der Zeit von 1908 bis 1913 einen kolossalen Aufschwung zu verzeichnen gehabt: die *Positivretusche* und die *Farbätzung*. Besonders in der Positivretusche drückt sich dieser Aufschwung nicht allein in der Vervollkommnung der Produkte aus, vor allem zeigt auch die Zahl der in dieser Sparte Beschäftigten einen Grad der Steigerung, mit dem keine andere Sparte konkurrieren kann. Allerdings scheint es auch, als ob die Positivretusche ihren Höhepunkt überschritten hätte. Wenigstens soweit für die Chemigraphie die Produktion von Hochdruckkollagen in Frage kommt. Dagegen wird sich voraussichtlich ihr Tätigkeitsfeld wieder erweitern und ihre Stellung befestigen, wenn es den neueren Reproduktionsverfahren gelingt, Eingang in die Illustration industrieller und wissenschaftlicher Druckwerke zu finden, d. h. wenn die Illustrationstechnik sicher mit Rotations-Tief- und Flachdruck rechnen kann. Über den jetzigen Zustand in der Positivretusche ist ja erst vor einiger Zeit an dieser Stelle ausführlicher geschrieben worden.

Während die Gesamtzahl der in der Chemigraphie Beschäftigten in der Zeit von 1908 bis Anfang 1913 um etwa 33 Proz. gestiegen ist, haben sich in der gleichen Zeit die Positivretuscheure um nahezu 100 Proz. vermehrt. Die im Jahre 1908 von der Zentralkommission herausgegebene Statistik des Kollegen Hehr zählte 214 Positivretuscheure; die im Februar des vorigen Jahres aufgenommene enthält dagegen deren 400. Die Zahl der Orte, in denen Positivretuscheure beschäftigt werden, ist



Feuilleton.

Der Große.

Eins muß dir immer gewärtig sein,
Ob du nun hämmerst, Mann, auf Stahl und Eisen,
Ob Fäustel haltend du zur Tiefe sinkst,
Ob du des Feuers heile Kraft bezwingst,
Ob du die Felder segnest mit der Saat
Und Länder bindest mit dem Kupferdraht —
Daß irgendwo ein Bruder steht und schafft
Ein Gleiches mit der gleichen stummen Kraft,
Daß irgendwo ein Bruder so wie du
Strebt sehnsuchtschwer der Sonnenstunde zu,
In der, verbrüdernd eine ganze Welt,
Er deine Hand in seiner Rechten hält

Alfons Petzold.

Die Neumühle bei Zeitz auf der Leipziger Buchgewerbeausstellung.

Die Besucher der Buchgewerbeausstellung werden neben den Maschinen der modernen Papierfabrikation auch eine alte Mühle aus der mittelalterlichen Zeit antreffen und sich zurückversetzt fühlen in eine Zeit, von der uns heute sonst eigentlich nur noch die Überlieferung berichtet. Die historische Büchepapierfabrik Haynsburg, vom Verein deutscher Papierfabrikanten aufgekauft, wird in Leipzig ausgestellt und voraussichtlich im Betriebe gezeigt werden.

Der letzte Besitzer der Anlage, Herr Seydel, ist noch im Besitze der Gründungsurkunde der Mühle vom 1. Oktober 1700. Danach hat die Herzogin Maria Amalia, Gemahlin des Herzogs Moritz Wilhelm, eine Tochter des großen Kurfürsten, die Erlaubnis erhalten, unterhalb Sautzsch am Elberstrom eine Papier-, Mahl-, Schneide- und Ölmühle zu bauen, auch Grund und Boden dazu dsesseits und jenseits der Elster. Das Anwesen sollte ein für alle Zeiten freies Allodium sein, und heute noch ist Herr Seydel ein freier Besitzer. Neben der oberen und niederen Gerichtsbarkeit hatte die Besizerin das Recht, im Stifte Naumburg-Zeitz Hadern zum Papiermachen zu sammeln und durfte 1730 sogar vier Hadernhäusern errichten. Nach dem Tode der Herzogin ging die Mühle als Erbschaftsgut durch ein vom König von Polen bestätigtes Reskript vom 8. 8. 1750 in den Besitz der Familie von Uffel über, von der es Johann Gottfried Seydel käuflich erwarb. Am 24. November 1789 trat dieser die Mühle um 8000 Taler an seine Söhne ab; sie blieb dann bis auf den heutigen Tag im Besitze der Familie Seydel, die bis 1909 dort auch Papier hergestellt hat. Der Verein deutscher Papierfabrikanten erwarb die Einrichtung der Papiermühle im vergangenen Jahre und nun sollen ihre Räder in Leipzig auf der Buchgewerbeausstellung nochmals einige Monate klappern. Nur mit Wehmüt werden ihre alten Freunde sehen, wie sie, auf dem Umweg über Leipzig von Haynsburg, wo sie über 200 Jahre gestanden hat, endlich unter das Dach des Deutschen Museums in München wandert.

Die Neumühle hat natürlich stets nur Lumpenpapiere hergestellt, und wir wollen uns von Herrn Seydel erzählen lassen, wie er selbst dort noch Papiere gemacht hat und wie die Besucher der Ausstellung es sehen werden:

Von dem unter dem Dache befindlichen hölzernen Lumpenschneider fallen die Lumpen durch einen Schlot in den Vorratskasten und werden nun nach

Bedarf zur Füllung der Steintröge der vier Stampfen verwendet; jede Stampfe hat vier Hämmer, die durch Nasen auf einer kolossalen Holzwehle gehoben werden und im Fallen mit ihren eisenschlagenden Köpfen die feuchten Lumpen zertrümmern. Der so gewonnene Papierstoff wird im Holländer zu Ganzzeug fertig gemahlen und in die Vorratsbütte abgelassen. — Im Nebenraum befindet sich die Schöpferel. Eine große heizbare Schöpfbütte enthält den aus der Vorratsbütte entnommenen, vorher noch verdünnten Stoff, von dem der Schöpfer eine durch Wechselrahmen in ihrer Höhe zu regelnde Schicht mit dem Handsieb abschöpft, durch Schütteln verfilzt und zum Teil entwässert. Der Gauscher überträgt das Blatt auf Filzränder, dann wird es durch Pressen von einem weiteren Teil des Wassers befreit und endlich zum Trocknen aufgehängt. Das Glätten im zweifalzigen Kaland, das Sortieren und Packen folgt als Endarbeit.

Alle Wellen und Hebel, wie auch die Räder und ihre Zähne, sind, wie in alter Zeit noch, aus Holz. Staunend wird der Besucher der Ausstellung vor der alten Mühle aus dem lauschigen Winkel am Elberstrom stehen, und ein Hauch früherer Tage wird ihn berühren.

Adolf Beckh. Faurdan.

und die umgestalteten Sitzungen der Kölner städtischen Rückversicherungskasse im vollen Wortlaut. Die Denkschrift geht den Regierungen, Parlamenten und den Gemeindeverwaltungen und Vertretungen der größeren Städte zu. Sie enthält vorzügliches Material zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in den statistischen Unterlagen der deutschen Gewerkschaften; die Anlagen umfassen 2 Resolutionen, 5 Landesgesetze, 16 Gemeindefestsetzungen und einen Entwurf. Sie vertritt den Standpunkt des Genter Systems, d. h. der Gewährung öffentlicher Zuschüsse an Arbeitslosenunterstützung zahlende Gewerkschaften und der Schaffung von Ersatzkassen für Nichtorganisierte und Nichtversicherte. Dieses System liegt der dänischen, norwegischen, französischen und Baslerkantonalen Arbeitslosenversicherung sowie dem weit aus meisten der seither zur Einführung gelangten gemeindlichen Arbeitslosenversicherungen in Deutschland zugrunde und bildet auch die Voraussetzung für die auch durch die Regierung Bayerns beschlossenen Staatsbeihilfen für Gemeinden mit Arbeitslosenversicherung. Es ist zu erwarten, daß die stark anwachsende Arbeitslosigkeit eine große Anzahl von Gemeinden zu ähnlichen Schritten drängen wird. Zur Beratung aller dahinzuliegenden Schritte wird die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften den interessierten Kreisen gute Dienste leisten.

Seifels Reklame. Monatschrift für das gesamte Ankündigungs- und Empfehlungswesen. Nachweis zweckdienlicher Verbindungen für Reklame. Redaktion: Berlin Grunewald, Friedr. rüherstr. 36. Verlag: Berlin SW 68, Schützenstr. 8. I. Jahrgang, 12. Heft. Dezember 1913. Jedes Jahr 12 reich illustrierte Hefte 12 Mk. Probeheft 1 Mk.

Das Weihnachtsheft dieser Interessanten und auch für jeden auf dem Gebiete der Reklame als Zeldner oder in anderer Eigenschaft tätigen Kollegen gewiß wertvollen Monatschrift ist besonders umfangreich und hervorragend ausgestattet. Es umfaßt etwa 100 Seiten mit vielen farbigen Illustrationen und Beilagen in einem recht stimmungsvollen Umschlag von dem bekannten Spezialsimus-Künstler Wilh. Schulz-München.

Unsere Genußmittel. Von Dr. Alexander Lipschütz. (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 38). Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW 68. 20 Seiten 80. Preis 20 Pfg., in besserer Ausstattung 50 Pfg.

Der Verfasser setzt einleitend den Unterschied zwischen Nahrungs- und Genußmitteln auseinander und bespricht in 6 Abschnitten die wichtigsten Genußmittel: Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Alkohol, Tabak und Gewürze, zum Schluß solche Genußmittel, welche zugleich Nahrungsmittel sind. Die Schilderung der Wirkungen der Genußmittel auf den gesunden und kranken Organismus läßt überall den sachkundigen Beurteiler erkennen; auch die sozialen Gesichtspunkte werden erörtert und auf die besonderen Bedürfnisse der Arbeiter nach anregenden Genußmitteln (Alkohol-Ersatzmittel!) wird Bezug genommen.

Graphische Revue Österreich-Ungarns. Monatshefte für die graphischen Künste. Sechzehnter Jahrgang, I. Heft, Januar 1914. Herausgegeben von der Graphischen Gesellschaft Österreichs. Sitz in Wien.

Kosmos, Handwörter für Naturfreunde. X. Jahrgang, Heft 12. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Fränkische Verlagshandlung, Stuttgart.) Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeilagen. Preis 4,80 Mk.



Die 200 Jahre alte Papiermühle auf der Buchgewerbeausstellung.*

Vom Büchertisch.

Die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten und für die Gemeindevertretungen. Zweite Auflage. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin. 144 Seiten 40. Preis 3 Mark.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat ihre erstmalig 1911 erschienene Denkschrift über die *Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde* im erweiterten Umfange neu herausgegeben. Die neue Auflage enthält eine Vervollständigung der gewerkschaftlichen Statistik für die Jahre 1910 bis 1912, die Beschlüsse des Deutschen Gewerkschaftskongresses zu Dresden (1911) und die seit dem Jahre 1911 in Kraft getretenen Gesetze und städtischen Satzungen, die sich auf die Arbeitslosenversicherung beziehen, so das englische Versicherungsgesetz 1911, sowie die Satzungen von München, Stuttgart, Eßlingen, Schwäbisch-Gmünd, Kaiserslautern und Mannheim

* Die Photographie zu dieser Strichätzung hat Herr Gen.-Sekr. Dittges vom Verein Deutsch. Papier-Fabr. freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule

Barmen

Wischwalzen-Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert

Edm. Behnisch, Luckenwalde

Vertreter an allen größeren Plätzen. In Zeugnisse.

Roulett., Fadenstichel

Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an

Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

Wichtig für jeden Schleifer

ist es, das beste und im Verbrauch billigste Schleifmaterial zu verwenden. Wenn Sie mit weniger Aufwand an Kraft, Zeit und Geld dieselbe Arbeit verrichten wollen, so verwenden Sie nur **Richard Timm's Germanen-Reform-Schleifstein** in 6 verschiedenen Körnungen, vom groben Schrubber bis zum allerfeinsten Polierstein. Lieferung direkt durch „Reform“, Spezialfabrik für Steindruckerebedarf, Kommanditgesellschaft. **Richard Timm, Berlin SO26, Reichenbergerstr. 158.**

Telephon Mpl. 11340. Telegrammadresse: Farbreform. [660]

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pfg.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pfg.

Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pfg.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz

Verbandsnachrichten

Aschersleben.

Auskunftserteller: **Albert Frey**, Bahnhofstraße 20. Kassierer und Unterstützungsauszahlung: **Adam Wiesen**, Staffurterhöhe 33.

Bremen.

Kassierer, Auskunftserteller und Unterstützungsauszahlung

Karl Meyer,

Bremen, Grünstraße 121, II. Abends von 5 bis 7 Uhr.

Jena.

Vors.: **A. Franke**, Mittelstraße 32a III. Ausk.-Ert.: **Arthur Walter**, Leutstraße 711. Kassierer: **Ernst Zacher**, Lutherstr. 6911, von 12 bis 1 Uhr und 5 bis 6 Uhr abends.

Achtung! Mannheim!

Lithographen und Steindrucker: **Arthur Stichel**, Wallstadtstraße 61 III.

Chemigraphen: **A. W. v. Deyk**, Augartenstraße 32 p.

Photographen: **Paul Schmidt**, U 1 6 III.

Kassierer für alle Branchen: **Karl Barth**, Lange Rötterstraße 62, Neckarvorstadt.

Um Angabe der Adresse des Kollegen

Theodor Fliegner,

Lithograph, zuletzt in Firma Besthorn in Magdeburg beschäftigt, ersucht höflich der Österreichische Senefelder-Bund, Wien VII, Zieglergasse Nr. 25.